

Positionspapier

„Stahlstandort Duisburg sichern – Zehn Forderungen für Stahl und Stadt“

Wirtschaftsfaktor Stahl im Faktencheck

Duisburg ist Europas größter Stahlstandort und ein zentraler Pfeiler der deutschen und europäischen Industrie. Die Stahlindustrie in Duisburg ist der Anfang einer weitreichenden Wertschöpfungskette und bedeutsam für die Schlüsselbranchen wie Automobil-, Maschinen- und Anlagenbau sowie das Bauwesen. Nicht zuletzt ist die Entwicklung einer von Importen unabhängigen Rüstungsindustrie auf die inländische Stahlerzeugung angewiesen. Damit bildet die Stahlindustrie das Rückgrat der Wirtschaft, des Wohlstands und der Sicherheit Deutschlands.

Die wirtschaftlichen Effekte der Stahlindustrie:

- Jeder Euro aus der Stahlindustrie generiert 1,47 Euro zusätzlich in Deutschland.
- Sie erwirtschaftet 5,3 Milliarden Euro Bruttoinlandsprodukt.
- Sie generiert 931 Millionen Euro Steuern, davon verbleiben 60 Millionen Euro in Duisburg, 223 Millionen Euro in NRW und 413 Millionen im Bund; weitere 232 Millionen Euro gehen an restliche Gemeinden und Länder.
- Sie leistet 1,3 Milliarden Euro Sozialbeiträge.

Relativ betrachtet ist die Stahlindustrie in Duisburg besonders bedeutend. Sie trägt mit einem knapp 47-mal höheren Wertschöpfungsanteil zum BIP bei als im deutschen Durchschnitt. Diese Konzentration macht Duisburg überdurchschnittlich abhängig von der Branche, sodass Veränderungen besonders starke Auswirkungen auf die Stadt haben.

Stahlkrise und Transformationsprozess trifft vor allem Duisburg

In Duisburg ist die Stahlbranche mit den Unternehmen thyssenkrupp, Hüttenwerke-Krupp-Mannesmann (HKM) und Arcelor Mittal der größte Arbeitgeber vor Ort und sichert rund 18.000 Arbeitsplätze. Etwa 9.000 der im Stahl Beschäftigten wohnen auch in Duisburg.

Im November 2024 kündigte Thyssenkrupp an, 11.000 Arbeitsplätze bei der thyssenkrupp steel abzubauen. Bis 2030 sollen 5.000 Stellen in der Stahlproduktion und Verwaltung wegfallen. Weitere 6.000 Arbeitsplätze sind durch Ausgliederungen und Teilverkäufe gefährdet. Findet sich kein Käufer für die HKM-Anteile von Thyssenkrupp ist eine Schließung des Werks von HKM mit derzeit 3.000 Beschäftigten nicht auszuschließen. Arcelor Mittal hatte im Januar 2024 bereits angekündigt, den Duisburger Standort mit 1.000 Beschäftigten umzubauen und das Roheisen, das zurzeit von tkSE geliefert wird, nur noch bis Ende 2027 zu beziehen. Der Zuliefervertrag zwischen tkSE und Arcelor wurde nicht verlängert. Durch die Ablehnung der Förderungen für die Elektrolichtbogenöfen für HKM und ArcelorMittal sind weitere Arbeitsplatzverluste nicht auszuschließen.

Die Stahlbranche steht vor großen Herausforderungen, die Anlagen ökonomisch verträglich auf eine klimaneutralere Stahlproduktion umzustellen. Gleichzeitig steht die deutsche Stahlbranche unter dem Druck hoher Energiepreise und einem erheblichen internationalen Wettbewerbsdruck, der durch die geopolitischen Entwicklungen erst einmal nicht abnehmen wird. Diese Korrelation führt zu dem angekündigten Stellenabbau in der Stahlbranche.

Die Auswirkungen der Stahlkrise und die Kosten des notwendig richtigen Transformationsprozesses treffen aber in allererster Linie die Stadt Duisburg. Schwankt der Riese Stahl, führt dies zu erheblichen Verwerfungen in Duisburg und spürbaren Erschütterungen in Nordrhein-Westfalen und Deutschland.

Allein der Abbau von nur 1.000 Stahl-Arbeitsplätzen in Duisburg würde...

- in Duisburg einen Rückgang des Gesamtwerts der hergestellten Waren und Dienstleistungen um 420 Mio. Euro bedeuten. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Stadt würde um 120 Mio. Euro sinken. Insgesamt wären 1.200 Erwerbstätige betroffen, da neben den 1.000 direkt gestrichenen Stellen weitere 200 Arbeitsplätze in Zulieferbetrieben oder durch indirekte Effekte wegfallen würden. Die jährlichen Steuerverluste würden 3 Mio. Euro betragen.
- in NRW einen Rückgang des Gesamtwerts der hergestellten Waren und Dienstleistungen von 620 Mio. Euro bedeuten. Das BIP des Landes würde um 190 Mio. Euro sinken. Insgesamt wären 2.040 Erwerbstätige betroffen. Die jährlichen Steuerverluste würden 12 Mio. Euro betragen.
- in Gesamtdeutschland einen Rückgang des Gesamtwerts der hergestellten Waren und Dienstleistungen um 1,5 Mrd. Euro bedeuten. Das BIP von Deutschland würde um 510 Mio. Euro sinken. Insgesamt wären knapp 5.000 Erwerbstätige betroffen. Die jährlichen Steuerverluste würden 70 Mio. Euro betragen.

Im Worst-Case-Szenario, dem Abbau von 11.000 Arbeitsplätzen in der Duisburger Stahlindustrie wären ...

- die wirtschaftlichen Auswirkungen in Duisburg deutschlandweit am stärksten. Der Rückgang der Beschäftigung würde zu einem Rückgang des städtischen BIPs um 6,2 Prozent führen, während der Rückgang in NRW und Deutschland nur 0,1 Prozent beträgt.
- Der Rückgang der Stahlbeschäftigung in Duisburg würde durch fehlende Steuerzahlungen der Duisburger Stahlindustrie und ihrer vor- und nachgelagerten Wertschöpfungskette zu einem deutschlandweiten jährlichen Verlust von 773 Millionen Euro an Steuereinnahmen führen.
- Dieser Verlust würde sich auf Duisburg mit 30 Mio. Euro, das Land NRW mit 132 Mio. Euro, weitere Gemeinden und Bundesländer mit 296 Mio. Euro und den Bund mit 315 Mio. Euro verteilen. Der größte Anteil dieses Rückgangs ist mit 420 Mio. Euro dem Lohnsteueraufkommen zuzuschreiben.

Bei einem Anstieg der Arbeitslosenzahl schon um 5.000 hätte Duisburg die höchste Arbeitslosenquote in Deutschland.

Ziel der Stadt Duisburg

Duisburg befindet sich nach dem Rückgang der Montanindustrie und Zechenschließungen, nach dem Kohleausstieg und nun in der Stahlkrise weiterhin in einem anhaltenden Strukturwandel. Der Abbau von Arbeitsplätzen in der Stahlbranche und deren unmittelbaren Auswirkungen auf den Standort Duisburg müssen durch strukturelle Steuerungsmaßnahmen des Bundes und des Landes aufgefangen werden. Diesen Strukturwandel kann die Stadt nicht allein stemmen. Sie ist auf Unterstützung von Bund und Land angewiesen, die aufgrund der überregionalen Bedeutung des Werkstoffs Stahl auch in deren wirtschaftlichen und sozialen Interesse liegt. Ziel der Stadt Duisburg ist es, seinen industriellen Kern zu bewahren, Innovationen zu fördern und klima- sowie umweltfreundliche Produktionsprozesse voranzutreiben – als Grundlage für Wertschöpfung, Wachstum und Wohlstand in Nordrhein-Westfalen.

Für diesen Übergangsprozess braucht Duisburg zusätzliche Strukturhilfe, um den Wirtschaftsstandort zu stabilisieren und zukunftsfester zu entwickeln.

Zehn Forderungen für Stahl und Stadt

Aus Perspektive der Stadt Duisburg sind für den Erhalt des Stahlstandorts in Duisburg und für die Bewältigung der Auswirkungen der Stahlkrise und des Transformationsprozesses folgende zehn Maßnahmen zentral, um die negativen Auswirkungen abzufedern und die Wirtschaftsstruktur Duisburgs zu fördern (5 Forderungen für den Standort Duisburg und 5 Forderungen für die Branche Stahl).

Die Wirtschaftsstruktur Duisburgs diversifizieren durch:

- 1. Ansiedlung von Forschungseinrichtungen in Duisburg:** Die Entwicklung des Technologiequartiers in Wedau-Nord ist ein zentraler Baustein für den Strukturwandel und die wirtschaftliche Zukunft Duisburgs. Die geplante Ansiedlung von Technologieunternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen, wie zum Beispiel der Universität Duisburg-Essen oder einem Max-Planck-Institut stärkt die Innovationskraft der Region und schafft hochqualifizierte Arbeitsplätze. Auch der Aufbau von Innovationsclustern und Testfeldern für neue Technologien ist bedeutsam, v. a. im Bereich Wasserstoff. Das Land NRW und der Bund sollen in der Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) für die Errichtung neuer wissenschaftlicher Institute in Duisburg werben.
- 2. Strukturhilfen für die Aufbereitung von Wirtschaftsflächen:** Frei werdende Industrieflächen oder vorhandene Brachflächen sollten gezielt für Investoren und innovative Ansiedlungen aus der Green Industry aufgekauft und aufbereitet werden können mithilfe von einfach abzurufenden Strukturhilfen, die allein Duisburg zur Verfügung stehen. Das Gelingen des Strukturwandels hängt maßgeblich von der Flächenverfügbarkeit zur Ansiedlung neuer Produktionsunternehmen der im Duisburger Wirtschaftskompass benannten Branchen ab. Eine Nachfrage nach Flächen ist vorhanden, kann aber nicht bedient werden. Hemmnisse begründen sich u. a. mit der Eigentumssituation (privat) oder mit den hohen Kosten für die Reaktivierung (Altlasten, infrastrukturelle Erschließung).
- 3. Ansiedlung von öffentlichen Einrichtungen in Duisburg:** Die Ansiedlung öffentlicher Einrichtungen bietet Duisburg die Chance, sich als bedeutender Verwaltungsstandort für Landes- und Bundeseinrichtungen weiterzuentwickeln und qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen. Die Bereitstellung geeigneter Flächen, insbesondere im Bereich der Duisburger

Dünen, sowie der zügige Bau des neuen Polizeipräsidiums sind hierfür zentrale Maßnahmen.

4. **Gezielte Ansiedlungspolitik nach dem Best-in-Class-Ansatz:** Duisburgs verfügt über wertvolle Industrieflächen, die durch eine gezielte Ansiedlungspolitik des Bundes und Landes den Unternehmen aus der Green Industry nach definierten Kriterien (z. B. Umsatzrendite, Innovationskraft) angeboten werden sollten.
5. **Aufbau von Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen für die Zukunftstechnologien:** Der Ausbau von Weiterbildungs- und Umschulungsprogrammen für Beschäftigte in den Zukunftstechnologien (Green Industry, Smart Engineering, KI, Data Science) ist unverzichtbar, um zukunftsfähige Arbeitsplätze zu sichern. Dies sollten durch den Bund und das Land durch attraktive Bildungsoffensiven und Errichtung von Bildungseinrichtungen in Duisburg gefördert werden.

Die Stahlindustrie stärken durch:

6. **Wettbewerbsfähiger Energiemarkt:** Temporär reduzierte Strompreise, die Deckelung der Netzentgelte und der Ausbau der Erneuerbaren Energien sind nötig, um die hohen Stahlproduktionskosten zu senken.
7. **Effektiver Handelsschutz:** Der Ausbau des EU Steel Safeguard und eine stärkere Sanktionierung von Verstößen muss vollzogen werden, um die Industrie vor unfairem globalem Wettbewerb zu schützen.
8. **Förderung grüner Leitmärkte:** Verbindliche Standards und ein klarer Pfad für CO₂-arme Stahlprodukte und ein globaler Handel mit Wasserstoff sind noch nicht etabliert. Unterstützung durch staatliche Klimaschutzverträge und gesicherte Wasserstoffversorgung.
9. **Zielgerichtete Dekarbonisierung:** Investitionen sollten auf erreichbare Ziele fokussieren, die eine maximale CO₂-Reduzierung pro investierten Euro ermöglichen.
10. **Stärkung regionaler Produktion:** Der Erhalt und die Modernisierung heimischer Produktionskapazitäten sind essenziell, um Abhängigkeiten zu vermeiden.